

Ludger Heidbrink,
Alfred Hirsch (Hg.)

STAAT OHNE VERANTWORTUNG?

Zum Wandel der
Aufgaben von Staat
und Politik

Inhalt

Vorwort

Ludger Heidbrink und Alfred Hirsch 9

Einleitung

Der Staat der Verantwortungsgesellschaft

Ludger Heidbrink und Alfred Hirsch 11

1. Voraussetzungen und Grundlagen politischer Verantwortung

Grenzen der Verantwortung

Robert Spaemann 37

Politische Verantwortung

Julian Nida-Rümelin 55

Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit - zur Verantwortlichkeit des Staates in der neueren Staatszieldiskussion

Wolfgang Kersting 87

Die säkulare Verantwortung der Politik

Volker Gerhardt 119

Gesichter der Politik - Verantwortung zwischen rechtlicher, politischer und ethischer Orientierung

Werner Stegmaier 143

2. Die Entstehung des Staates aus der Verantwortung

Wahre Demokratie - Marx, politische Subjektivitäten und anarchische Meta-Politik

Simon Critchley 167

Staat und Politik aus Verantwortung

Pascal Delhom 193

Verantwortung und Ungeschicklichkeit: Herkunft und Herstellung des Staates aus den sozialen Ansprüchen

Michel Vanni 217

Unbedingte Verantwortung - Politik nach Derrida

Tobias Nikolaus Klass 231

3. Staatliche Verantwortung in der globalisierten Welt

Die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats in Zeiten der Globalisierung

Renate Mayntz 267

Ist politische Folgenverantwortung unter Globalisierungsbedingungen möglich? Die Arbeitslosigkeit als Beispiel

Helmut Klages 283

Globalisierung rechtlicher Verantwortung? Verantwortungsattribution bei Kollektivsubjekten in normen- und handlungstheoretischer Perspektive

Werner Krawietz 309

Zur Neubestimmung von Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt	
Nancy Fraser	343
4. Verantwortung im Kontext staatlicher Institutionen	
Die Politik vervollkommnet die Ethik? Begründungs- und Realisierungsprobleme einer Ethik institutionellen Handelns	
Christoph Hubig	375
Verantwortung für Institutionen - zu einer ›Ethik der Regeln‹	
Karl-Heinz Ladeur	391
Die Konstruktion von politischer Verantwortung zwischen Staat und Zivilgesellschaft	
Richard Münch	415
Nachhaltige Politik - Systematisierungshilfen für die Begründungsprobleme der "Verantwortung"	
Emanuel Richter	443
Staatstypen, Leitbilder und Politische Kultur: Das Beispiel des Gewährleistungsstaates	
Gunnar Folke Schuppert	467
Autorinnen und Autoren	497

Der Wandel der Staatlichkeit steht außer Frage. "Die Epoche der Staatlichkeit", so schreibt Carl Schmitt schon 1963, "geht jetzt zu Ende". Der "Staat als Modell der politischen Einheit" habe ausgedient, seiner Aufgabe als lenkender und leitender "Souverän" vermag er nicht mehr nachzukommen, da an seine Stelle die liberale Massengesellschaft getreten ist, die in demokratischer Eigenregie über die Aufgaben der Politik entscheide. Nach Ernst Forsthoff lebt der klassische Staat als politisches Entscheidungszentrum in der modernen Industriegesellschaft nur noch in der "Erinnerung" fort, weil er durch Bürokratie und Verwaltung, durch soziale Versorgungsapparate und funktionale Großstrukturen abgelöst worden ist. Aus der Sicht von Niklas Luhmann liegt der Sinn des Staatsbegriffs allein noch darin, eine "Selbstbeschreibungsförmel des politischen Systems" zur Verfügung zu stellen, dessen Einheit realiter nicht mehr existiert, sondern durch kommunikative Prozesse hergestellt werden muss, in denen der Staat als bloße "Form" der politischen Selbstorganisation in Erscheinung tritt.

Seit dem Eintritt in das Zeitalter der Globalisierung ist deshalb nicht nur von der Auflösung des Staates die Rede, der seine Verfügungsgewalt an die einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme abgegeben hat, die sich nach wirtschaftlichen und rechtlichen, nach kulturellen und wissenschaftlichen, nach konfessionellen und ästhetischen Gesichtspunkten selbst organisieren. Es ist auch seit geraumer Zeit vom Niedergang der Nationalstaaten die Rede, die durch die politischen und ökonomischen Vernetzungen ihre zentrale Rolle als Gesetzgeber und Identitätsstifter, als Steuerungsinstanz und Zugehörigkeitskollektiv eingebüßt haben. Der Souveränitätsverlust des Staates resultiert nicht nur aus der Ausdifferenzierung des politischen Systems und der gleichzeitigen Vergesellschaftung des Politischen, sondern auch aus der Krise des demokratischen Liberalismus, der nicht mehr in der Lage ist, den Bürgern eines Landes lohnenswerte Lebensziele und effektive Mittel der Mitbestimmung zur Verfügung zu stellen.

Man muss dieser Krisendiagnose des entmachteten Staates nicht zustimmen, zumal zahlreiche Gründe gegen ihre Triftigkeit sprechen. Es dürfte jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass sich der Staat mit seinen politischen Institutionen in einem grundlegenden Wandlungsprozess befindet, der die Neubestimmung der gesellschaftlichen Aufgaben von Staat und Politik erforderlich macht. Die Notwendigkeit dieser Neubestimmung hat ihren Grund vor allem darin, dass der liberale Staat der Neuzeit im Lauf seiner Entwicklung an Grenzen gestoßen ist, die auf geradezu paradoxe Weise der fortschreitenden Erweiterung seines Einflussbereichs zu verdanken sind. Die Evolution des neuzeitlichen Staates ist dadurch gekennzeichnet, dass immer weitere Zuständigkeiten und Lebensbereiche der staatlichen Einflussnahme unterworfen wurden, während seine hoheitliche Verfügungsgewalt im gleichen Maß zurückgenommen und der anwachsenden gesellschaftlichen Selbstorganisation angepasst wurde. Der Weg vom Polizeistaat über den Rechtsstaat und Sozialstaat zum modernen Steuerungsstaat lässt sich als Weg der sukzessiven Erweiterung staatlicher Zuständigkeiten beschreiben, der die Übertragung staatlicher Aufgaben an gesellschaftliche Akteure, nichtstaatliche Organisationen und private Kräfte gegenübersteht.